

INTERVIEW

Georgios Kalantzis
Theodoros Kassimis

WIRTSCHAFT

Strom aus Altreifen

LITERATUR

"Märchen aus dem Epirus"
"Mit Kazantzakis auf den Athos"

MUSIK

Natalia Gerakis
Minas Borboudakis

Die Altstadt
von Chania

Die Adler fliegen tief in Albanien

Albanien und die Aufnahme in der europäischen Familie

Von
Georgios N.
Despotidis,
Politik- und
Wirtschaftsanalytiker
für Südosteuropa &
den Mittleren Osten

Nach allgemeiner Einschätzung muss Albanien - das Land der Adler - noch einen langen Weg zurücklegen, um das Niveau der anderen europäischen Staaten zu erreichen und Aufnahme in der europäischen Familie zu finden. Diese Auffassung wird sowohl von vielen angesehenen albanischen Politikern als auch von internationalen Wirtschaftsorganisationen geteilt; als Hauptgrund wird dabei der Umstand angeführt, dass es innerhalb der letzten 16 Jahre, seit dem Zeitpunkt also, in dem in diesem Land die Demokratie wiedereingeführt wurde, nicht gelungen ist, die Fundamente für die entscheidende Eingrenzung von Schattenwirtschaft und Korruption zu legen. So ist etwa internationalen Organisationen, aber auch der Staatsanwaltschaft des Bezirks von Tirana zufolge die Kriminalitätsrate in Albanien im Jahre 2005 um 20 % gestiegen¹.

Als vor wenigen Monaten das albanische Volk den 1997 ausgebrochenen Bürgerkrieg, den der damalige Ministerpräsident Sali Berisha zu verantworten hatte², unter das Siegel der Vergessenheit begrub, indem es unter der Parole "Kampf der Korruption" per Stimmabgabe dessen Rückkehr an die Macht verordnete, konnte kein objektiver Analytiker allen Ernstes glauben, dass die neue Regierung auf Grund der ausgeprägten Verflechtung zwischen Politik und Mafia, die das Land zu Grunde zu richten scheint, den Wunsch geschweige denn die Mittel hätte, eine Erfolg versprechende Strategie zur

Verbrechensbekämpfung zu beschließen. Gleichzeitig wurde der Versuch unternommen, den Informationsfluss über stattgefunden "terroristische Aktionen kleineren Ausmaßes", die insbesondere auf internationaler Ebene für Beunruhigung sorgen, einzudämmen. Konkret ereignete sich am 1. April 2006 in einem Einkaufszentrum in Vlora eine Explosion mit einem Toten und 4 Verletzten. Obwohl die Ermittlungsbehörden diese Anschläge offiziell auf interne Machtkämpfe zwischen verfeindeten Mafia-Organisationen zurückführten, haben zahlreiche vor Ort tätige Journalisten diese Aktionen mit der im Gebiet zu beobachteten Zunahme fanatischer Islamisten in Verbindung gebracht. Islamische Elemente, die sich an den Rändern der extremistischen Organisationen bewegen, werden in Gebieten der griechischen Minderheit aktiv, und dies mit dem "Segen" der albanischen Regierung, namentlich des vertraulichen Beraters von Sali Berisha, Baschkim Gazidende, dem man nachsagt, dass er seine enge Beziehung zur islamischen Welt dazu nutzt, die Auflösung der lokalen Bevölkerungsstruktur durch die Ansiedlung nichtchristlicher Staatsangehöriger im Gebiet voranzutreiben, und nachdem er ein Klima der Unsicherheit unter der griechisch-christlichen Gemeinde verbreitet hat, diese Dynamik in der Folge für die Pläne der neuen Regierung dienstbar zu machen.

In diesem Zusammenhang wird zurzeit der US-amerikanische Plan AMBO einer Revision

unterzogen. Dieser Plan (AMBO: Albanian-“Macedonian“-Bulgarian Oil), der in einem Gemeinschaftsprojekt von der früheren sozialistischen Regierung unter Fatos Nano und der US-Führung ausgearbeitet worden ist, sieht die Konstruktion einer Öl-Pipeline zwischen Bulgarien und der Stadt Vlora in Albanien als auch den Bau einiger Öltanks in dieser Stadt vor, so dass in einem zweiten Stadium Italien und Westeuropa auf dem Seeweg mit Erdöl beliefert werden können³.

Sali Berisha hat nun dieses Projekt, das von der früheren Regierung von Fatos Nano bereits abgesegnet worden war, wieder von der Agenda gestrichen, unterstützt er doch seinerseits das nahezu identische russisch-deutsche Gegenprojekt unter Federführung von GAZPROM, das in seinem letzten Stadium den Bau einer Pipeline zwischen der griechischen Stadt Florina und Flora vorsieht. Vor diesem Hintergrund ermutigt die albanische Regierung und allen voran Baschkim Gazidende Umweltorganisationen, aber auch die weiter oben bereits erwähnten extremistischen islamischen Gruppierungen, die auf dem Gebiet des Nordepirus angesiedelt worden sind, gegen AMBO zu protestieren und aktiv zu werden.

Die zukünftigen Entwicklungen in Albanien im Allgemeinen, umso mehr aber im Süden des Landes, wo sich die überwiegende Mehrheit der griechischen Minderheit konzentriert, hängen unmittelbar mit der Rückkehr von Baschkim Gazidende nach Albanien zusammen. Baschkim Gazidende, der den Angaben westlicher Geheimdienste zufolge ein überzeugter Unterstützer islamischer terroristischer Organisationen ist, kehrte zusammen mit seiner Familie am 10. Dezember 2005 aus der Türkei nach Albanien zurück. Zwischen 1992 und 1997 führte er den albanischen Geheimdienst an und spielte bei der Niederschlagung des Aufstands im Süden die führende Rolle, der - wie schon weiter oben angeführt - nach dem Kollaps der als “Pyramiden“ bekannt gewordenen Scheinbanken ausgebrochen war. Gazidende verließ zwei Tage nach den Wahlen vom Juni 1997 Albanien und galt bis 2001 als in Abwesenheit

¹ Entsprechend eines Berichtes der italienischen Geheimdienste fand in Albanien zudem eine Verlagerung in der Art des Verbrechens statt: die gängige Straßenkriminalität ist in zunehmendem Maße vom organisierten Verbrechen abgelöst worden, das eine aktive Rolle beim internationalen Drogen-, Zigaretten- und in der Länder übergreifenden Prostitution spielt.

² Nach den Parlamentswahlen vom 26. Mai 1996, die von der Weltöffentlichkeit wegen unverhohlener Unregelmäßigkeiten verurteilt worden waren, verschlechterte sich die Lage in Albanien rasant. Die von der Demokratischen Partei geführte Regierung erlaubte die Ausbreitung seltsamer Organisationen, die als PYRAMIDEN (Pyramid Schemes) Bekanntheit erlangten. Es wird vermutet, dass damals fast 1/6 der albanischen Bevölkerung, angelockt von Gewinnperspektiven von monatlich 10 bis 25 %, ca. 1,5 Mrd. US-Dollar investiert hatte, während sich das durchschnittliche Monatseinkommen auf ungefähr 80 US-Dollar belief. Um den Gewinn seiner Partei noch weiter in die Höhe zu treiben, setzte der heutige Ministerpräsident selbst den Direktor der Albanischen Nationalbank unter Druck, seine Warnungen vor den Gefahren solcher Investitionen einzustellen. Auf manchen Wahlplakaten in Südalbanien standen die Namen mächtiger Pyramiden-Chefs neben den Namen der Kandidaten der Demokratischen Partei. Bis zum Dezember 1996 waren zwei kleinere dieser “Stiftungen“ bereits eingegangen, und Zweifel über die Überlebensfähigkeit der übrigen, in die mehrere zehn Millionen investiert worden waren, begannen sich auszubreiten. Am 9. Januar 1997 gab dann eine der größten Organisationen dieser Art, die Malvasia mit Sitz in Kucova, ihre Zahlungsunfähigkeit bekannt. Am Nachmittag des 15. Januar brach sich dann der Zorn des Volkes Bahn, und überall im Lande brachen Straßenkämpfe aus, deren Ziel die Privatdomizile der Vorsitzenden der Pyramiden waren und die schließlich zum Fall der damaligen Regierung führten.

³ Der Transport auf dem Seeweg an der Meerenge von Otranto, wo zwischen Italien und Albanien nur 45 Meilen liegen, sollte in Zusammenarbeit mit dem italienischen Unternehmen PETROLIFERA vonstatten gehen. Das Unternehmen PETROLIFERA gehört zur Konzerngruppe des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi.

rechtmäßig Verurteilter für Verbrechen wider die Menschlichkeit. Inzwischen ist er rehabilitiert worden und agiert in Albanien als Verbindungsmann zwischen dem türkischen und dem albanischen Geheimdienst SHIK. Quellen aus der damaligen Zeit sehen in Gazidende die entscheidende Autorität, der es geschuldet ist, dass Osama Bin Laden im Jahre 1996 gleich zweimal das Kosovo und Albanien besuchen konnte, und er soll es auch gewesen sein, der den Beitritt Albanien in die Islamische Konferenz vorgeschlagen hatte. Die Rückkehr Gazidendes nach Albanien hat die westlichen Geheimdienste - insbesondere seit Sali Berisha wieder an der Macht ist - in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Ein zusätzlicher Grund für die Sensibilisierung der amerikanischen Botschaft liegt darin, dass Gazidende die führende Rolle bei dem Versuch spielt, den albanischen Geheimdienst wieder unter vollständige staatliche Kontrolle zu bringen, was im Falle des Erfolgs den Verlust der Kontakte, die die Amerikaner heute beim SHIK haben, und in der weiteren Konsequenz auch ihres Einflusses in der weiteren Umgebung mit sich bringen würde. Bezeichnend für seine Ambitionen ist die Tatsache, dass er nach seiner Rückkehr nach Albanien und in den Präsidentensitz im Januar 2006 das Kosovo besucht hat und sich mit alten Freunden und Mitarbeitern sowie den neuen Mitgliedern des kosovarischen Geheimdienstes traf. All dies versetzt die griechische Minderheit in große Sorge, befürchtet sie doch, dass sich die Ereignisse des Jahres 1997 wiederholen könnten und sie selbst wieder ins Fadenkreuz der Machenschaften eines ihrer vehementesten Gegner, nämlich Baschkim Gazidende, rücken würde.

Diese Entwicklung findet die griechische Minderheit jedoch keineswegs geeint vor. Die passive Haltung des Vorsitzenden der KEAD⁴, Vangelis Doule, gegenüber den anti-griechischen Maßnahmen der Regierung war Folge der umfassenden Vereinbarung zwischen dem früheren griechischen Außenminister (unter den Regierungen Simitis) Georgios Papandreou und Fatos Nano. Als Doule, angetrieben von der Überlegung,

dass die Rechte der griechischstämmigen Bürger in einer großen politischen Organisation besser zur Geltung kommen, mehrmals und unter Aufbietung verschiedener Taktiken den Anlauf nahm, die Partei der Minderheit in die Sozialistische Partei Albanien zu "integrieren", kehrten ihm viele angesehene Repräsentanten der griechischen Minderheit (und nicht nur dieser) den Rücken, was zur Schrumpfung des Wahlergebnisses der KEAD führte. Die Entstehung eines Gegenpols war unter diesen Umständen unvermeidbar. So fand die Gründung der KADE⁵ durch den Abgeordneten des Wahlbezirks Korytsa, Grigoris Karmelos, bei der griechischen Minderheit große Akzeptanz, da man davon ausging, dass der Aufbau einer Bewegung fernab von klein karierten Parteiinteressen und Absprachen hinter den Kulissen eine notwendige Entwicklung darstellte, würde diese doch die griechische, aber auch jede andere Minderheit umso substanzieller und direkter repräsentieren können. Diese Akzeptanz wurde auch bei den letzten Parlamentswahlen sichtbar, als allein schon die heiße Unterstützung einer Partei, die gerade ihre ersten Schritte hinter sich gebracht hat, durch das Volk eine große Überraschung darstellte. Gerade im Gebiet mit der größten griechischen Konzentration, in Saranta (Wahlbezirk 100), war der Stimmenanteil des Kandidaten der KADE Panajiotis Lezos besonders hoch. Auch die internationale Anerkennung dieser Initiative ließ nicht lange auf sich warten: inzwischen hat die OSZE-ODIHR die KADE als die einzige albanische Partei anerkannt, die sich für die Minderheiten des Landes interessiert und diese vertritt.

Heute, nach dem Sieg der Demokratischen Partei bei den jüngsten Parlamentswahlen, hat Sali Berisha zwei Politiker zum Außen- bzw. Innenminister ernannt, die der nationalistischen Organisation der Tsamides⁶ angehören. Während vor den Wahlen noch die Hoffnung bestand, dass die Einstellung von Sali Berisha gegenüber der griechischen Minderheit, aber auch gegenüber den griechischen Interessen in Albanien nicht feindlich sein würde, wurden (mit der Berufung

der tsamischen Minister an neuralgische Positionen und den Wiedereinzug Gazidendes in das Präsidentenbüro) die wahren Ambitionen der neuen Regierung von Anfang an deutlich. So wurde etwa Stavros Markos (Journalist der griechischen Minderheit), der in seinen Artikeln in der albanischen Presse der albanischen Regierung und Sali Berisha vorwarf, keine Volkszählung⁷ zu organisieren und gegen die Interessen der griechischen Minderheit zu arbeiten, von bewaffneten Mitgliedern einer parastaatlichen Organisation überfallen, die ihm den Lauf einer Maschinenpistole an die Schläfe hielten und ihm androhten, ihn und seine Familie zu töten, falls er fortfahre gegen die Regierung und den gegenwärtigen Ministerpräsidenten zu schreiben.

Doch dies ist bei weitem nicht der einzige Fall staatlicher oder parastaatlicher Gewalt. Im Februar 2006 schlug die albanische Polizei grundlos auf den für die Sozialistische Partei in Drapolis ins Albanische Parlament eingezogenen Abgeordneten Tavos Vangelis ein, nur weil er an einer friedlichen Protestkundgebung teilgenommen hat, die sich gegen die Entscheidung der albanischen Regierung richtete, die Wasservorräte von Drapolis einer Fabrik zur industriellen Nutzung zuzuführen.

Die Situation in Albanien verschlechtert sich von Tag zu Tag, und die gegenwärtige Regierung scheint weder die Schattenwirtschaft noch die kriminellen Organisationen, die mittlerweile den überwiegenden Teil des politischen und ökonomischen Lebens des Landes kontrollieren, in den Griff zu bekommen. Die Unzuverlässigkeit der gegenwärtigen albanischen Führung wurde bereits in den ersten Monaten ihrer Amtszeit sichtbar, als anlässlich eines Unfalls in einem Waffenarsenal in Tepeleni 12.000 Tonnen verborgen gehaltenen Sprengstoffs und Bombenmaterials entdeckt worden sind, gleichwohl diese im Rahmen eines von der amerikanischen Regierung finanzierten Programms zur Zerstörung von konventionellen und chemischen Waffen in Albanien ebenfalls hätten zerstört werden müssen; und dies

trotz der immer wieder von Sali Berisha gegenüber der US-Regierung gemachten Versicherungen, das Zerstörungsprogramm wäre abgeschlossen. Informationen zufolge ist ein Teil der chemischen Waffen, die bei Tirana, Koukes, Tepeleni und anderswo lagerten, immer noch nicht zerstört worden.

Die Gefahr, dass diese Waffen Terroristen in die Hände fallen, ist nicht von der Hand zu weisen!

Gerade auch angesichts des auf eine Entscheidung drängenden Kosovo-Problems sowie eines inoffiziellen amerikanischen Planes (der in Pressekreisen kursiert), demnach Albanien nach der Unabhängigkeit des Kosovo in drei Kantone aufgeteilt werden soll, ist die Lage in der Region jedenfalls als überaus brisant zu bezeichnen.

Der erste dieser "angedachten" Kantone soll die Region um Skodra (im Norden) umfassen und vom Kosovo aus kontrolliert werden; der zweite Tirana und die Stadt Durres einschließen und unter italienische Kontrolle kommen; und der dritte den Nordepirus umfassen und von Griechenland kontrolliert werden.

Der Ausbruch des Antihellenismus in einem Land, dessen wirtschaftliches Überleben sich vor allem den Geldüberweisungen der Wirtschaftsmigranten verdankt, die in Griechenland arbeiten, die zunehmend stärker werdende Präsenz extremistischer islamischer Elemente im Nordepirus, aber auch die Provokationen der Tsamides - die von der albanischen Regierung mehr als nur geduldet werden - bildet jedenfalls ein explosives Gemisch, das die griechische Regierung, aber auch die EU, mit größerer Aufmerksamkeit betrachten sollten, wollen sie nicht mit den unvorhersehbaren Folgen einer offenen Krise konfrontiert werden.

7 Fundamentale Forderung der griechischen Minderheit ist die Durchführung einer Volkszählung mit Angabe der Glaubenszugehörigkeit und der Nationalität.